

NZZ am Sonntag

Hausgemachte Terroristen schockieren Deutschland

Deutsche planen Anschläge im eigenen Land – das ist ein Schock, obwohl vor dem hausgemachten islamistischen Terrorismus schon öfter gewarnt wurde. Täter und Verdächtige stammen aus deutscher Familie und sind in Deutschland aufgewachsen. Dann sind sie zum Islam übergetreten und in ein extremistisches Fahrwasser geraten. Das ist ein beunruhigendes Muster. Konvertiten erscheinen jetzt manchen als schlechterdings unzuverlässige und potenziell gefährliche Bevölkerungsgruppe, die sich tendenziell gegen die eigene Gesellschaft wendet.

Doch sind es nur die allerwenigsten Konvertiten, die sich wirklich dem heiligen Krieg verschreiben. Und nach wie vor gilt die Glaubensfreiheit – sie gehört zum Grundbestand einer toleranten Staatsordnung. Ein Pauschalverdacht gegen alle Neu-Muslime würde dem Ziel der Terrorabwehr wenig nützen. Um Sicherheit herzustellen, muss die Polizei die wirklich gefährlichen Individuen identifizieren und isolieren. Dazu braucht sie allerdings die nötigen Aufklärungsmittel. Im Zentrum steht die Online-Durchsuchung von Computern; mit richterlichem Einverständnis muss sie gesetzlich möglich sein. Es scheint, dass die jüngsten Ereignisse in Deutschland nun in dieser Frage einen Durchbruch bringen.

Es ist nicht das erste Mal, dass es in Deutschland «hausgemachte» Terroristen gibt. Solche forderten schon vor dreissig Jahren den Staat heraus, wobei sie ebenfalls über Verbindungen zu Terrorgruppen im islamischen Raum verfügten. Ihre Triebfeder war damals nicht der religiöse Wahn im Namen Gottes oder des Islams, sondern der politische Wahn einer gottlosen kommunistischen Ideologie. Damals hat der Rechtsstaat gesiegt. (awy.)

Migros-Denner: Weko bügelt fehlende Marktöffnung aus

Die Wettbewerbskommission hat den Kauf von Denner durch die Migros nur mit massiven Auflagen gebilligt. Dafür wurde sie verschiedentlich hart kritisiert. Doch die Weko musste in ihrem Urteil schweizerische Eigenheiten berücksichtigen. Die Migros hält nach der Denner-Übernahme im Lebensmittelhandel einen Marktanteil von über 45%, Coop bringt es auf 35%. Zusammen bedienen die beiden Ketten über 80% des Marktes – eine einmalig hohe Konzentration in Europa. Eine so starke Ballung von Marktmacht hat für den Kunden meistens negative Auswirkungen: zu wenig Auswahl und überhöhte Preise. Und die Lieferanten sind den beiden Handelsketten auf Gedeih und Verderben ausgeliefert. Diese übermässige Konzentration ist eine Folge des Schweizer Absichtsstehens vom europäischen Markt. Die Ökonomen der BAK Basel Economics haben kürzlich in einer Studie festgehalten, dass sich in Österreich der Wettbewerb im Detailhandel nach der Integration in den europäischen Markt intensiviert. Neue ausländische Anbieter beleben den Markt – und liessen die Preise für die Konsumenten sinken. Migros und Coop sind heute zu klein für Europa, aber zu gross für die Schweiz. Darum musste die Weko ihren Entscheid mit einschneidenden Auflagen fällen. Der Fehler liegt aber anderswo. Die Politik muss dafür sorgen, dass die übermässige Abschottung des Schweizer Marktes verschwindet: Zölle, Agrarprotektionismus, technische Handelshemmnisse, patentrechtliche Bestimmungen, vertikale Bindungen und restriktives Baurecht behindern den Wettbewerb und verhindern wirksame Konkurrenz. Fallen diese Hindernisse weg, erübrigen sich auch die strengen Auflagen der Wettbewerbshüter. (dah.)

Die Studiengebühren sollten kräftig erhöht werden

Der Rektor der neuen Fachhochschule Zürich fordert eine kräftige Erhöhung der Studiengebühren. Damit rührt er an ein bildungspolitisches Tabu – und verdient dafür Applaus. Denn die bisherige Regelung, eine höhere Ausbildung quasi zum Nulltarif bezahlt zu erhalten, ist nicht mehr haltbar. Bildungspolitisch sprechen drei Gründe für höhere Gebühren: Wer die eigene Ausbildung mitfinanziert, studiert mit einem grösseren Engagement; wenn die Universitäten höhere Einnahmen erzielen, können sie diese zur Qualitätsverbesserung einsetzen; höhere Studiengebühren helfen, die Ausbildungszeit zu verkürzen und so den Bachelor zum Norm-Abschluss der Hochschulbildung zu machen. Aber ist das nicht unsozial?, fragen viele, nicht zuletzt im linken Lager. Die Antwort muss lauten: Ist es denn sozialer, dem HSG-Absolventen den Weg an die Fleischtöpfe der Bank-Boni zu finanzieren, während der Metzger, der eine Meisterausbildung absolvieren will, dafür 25 000 Franken bezahlen muss? (fem.)

Chappatte



Schweizer Wahlherbst.

«Wir gegen die anderen»: das Erfolgsrezept der SVP

In Europa setzen populistische Rechtsparteien auf den Konflikt zwischen «Volk» und «korrupter Elite». Stimmt der Gegensatz? Nein, es ist eine Verabsolutierung, schreibt Oliver Geden

Nicht nur der schweizerische Wahlkampf kommt in Fahrt. Früher als gewöhnlich setzt auch das Interesse der internationalen Medien ein. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht auch hier die SVP. Während es die liberale britische «Economist» angesichts der Minarett-Verbotsinitiative noch bei leisen Zweifeln an der Zurechnungsfähigkeit der Schweizer Bevölkerung beliest, wird andernorts bereits schwereres Geschütze aufgeföhrt. Der Uno-Sonderberichterstatter für Rassismus forderte unlängst, der Bundesrat solle gegenüber der SVP-Ausschaffungsinitiative kritisch Stellung beziehen. Einige englischsprachige Medien liessen verlauten, die SVP-Forderungen erinnerten stark an «Praktiken aus der Nazizeit».

Der Strom kritischer Beiträge aus dem Ausland dürfte in den nächsten Wochen kaum abreißen. Dies ähnelt nicht nur der Berichterstattung über nationale Wahlen in Österreich, Frankreich oder Belgien. Es wirft auch zwei grundsätzliche Fragen auf. Ist es gerechtfertigt, die SVP mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), dem französischen Front National oder dem belgischen «Vlaams Belang» in einem Atemzug zu nennen? Und schadet die internationale Kritik der SVP – oder kommt sie ihr womöglich gar gelegen? Auf der Suche nach Antworten empfiehlt es sich, einmal nicht die von der SVP täglich formulierten Positionen zu einzelnen politischen Fragen in den Mittelpunkt zu stellen. Wesentlich aufschlussreicher ist der Blick auf die dahinterstehende «populistische» zu nennende Strategie.

Seit den 1980er Jahren hat sich in Westeuropa eine politische Strömung etabliert, die höchst erfolgreich darin ist, eine neuartige Konfliktlinie festzuschreiben: «das Volk» gegen «die korrupten Eliten», «die kleinen Leute» gegen «die da oben» oder schlicht «wir» gegen «die anderen». Im Zentrum aller populistischen Kampagnen steht der Vorwurf, die «politische Klasse» habe sich gegen die «schweigende Mehrheit» verschworen, bereichere sich selbst und bestünige gesellschaftliche Minderheiten.

Um diese Basiserzählung glaubhaft zu machen, versuchen selbsternannte Vertreter des «wahren Volkswillens»,

jede tagespolitische Diskussion in diese Schablone zu pressen – insbesondere bei einwanderungspolitischen Themen. Vor allem provozieren sie ihre politischen Gegenspieler durch ressentimentgeladene Tabubrüche und persönliche Beleidigungen zu harschen Abgrenzungsreaktionen. Gegenüber der eigenen Anhängerschaft lässt sich dies als Beleg dafür verwenden, dass «die Klasse politque über die eigentlichen Probleme nicht reden will», dass es nur eine einzige Partei gibt, auf die «das Volk» sich wirklich verlassen kann.

Der gemeinsame Nenner von Parteien wie der SVP, der FPÖ, dem Front National, dem Vlaams Belang oder der Lega Nord liegt zuallererst in ihrem rechtsgerichteten Populismus, in der permanenten Gegenüberstellung von «gesundem Volksempfinden» und «abgehobenen Elitendenken». Die im Alltagsgeschäft vertretenen politischen Inhalte sind jedoch keineswegs identisch. Zwar haben sich fremden- und minderheitenfeindliche sowie EU-kritische Kampagnen in den letzten zwanzig Jahren länderübergreifend als überaus nützlich erwiesen. In anderen Fragen existieren jedoch starke Unterschiede zwischen den Programmen der europäischen Rechtspopulisten.

So vertritt etwa die FPÖ wohlfahrtsstaatliche Positionen, die die SVP als «gefährlichen Sozialausbau» ablehnen würde. Vlaams Belang und Lega Nord setzen auf einen regionalistisch geprägten Chauvinismus, der auf Schweizer Verhältnisse schlicht nicht übertragbar wäre. Front National und

Oliver Geden



Oliver Geden, 36, ist Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, einer Forschungsstelle der deutschen Bundesregierung. Er verfasste u. a. die Studie «Diskursstrategien im Rechtspopulismus. FPÖ und SVP zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung».

FPÖ arbeiten in einem Ausmass mit antisemitischen Ressentiments, das in der SVP nicht zu beobachten ist. Die FPÖ versucht sich überdies regelmässig an Relativierungen des NS-Regimes. Es kann deshalb nicht verwundern, dass die SVP darauf bedacht ist, keine offiziellen Verbindungen zu Rechtspopulisten im Ausland zu unterhalten.

Der Vergleich mit den genannten Parteien ist dennoch zulässig. Sie alle eint die rechtspopulistische Erzählung vom unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Volk und Elite, die zugleich den Kern ihrer Erfolgsgeschichte ausmacht. Zudem sind die Kampagnen der SVP keineswegs weniger fremden- oder minderheitenfeindlich als die von Front National, Vlaams Belang oder FPÖ. Österreichs Rechtspopulisten haben mittlerweile gar begonnen, SVP-Initiativen wie die zum Minarettverbot wortwörtlich zu kopieren. Einen «Vertrag mit dem Volk» wiederum hatte die FPÖ bereits Mitte der neunziger Jahre vorgelegt.

Populismus zeichnet sich dadurch aus, dass er in der Lage ist, die von ihm provozierte Kritik bruchlos in die eigene Weltdeutung zu integrieren, als «unverschämten Angriff auf die Meinungsfreiheit» zu deklarieren. Die moralische Empörung der Gegenseite ist von der SVP bei einem Plakat wie dem zur Ausschaffungsinitiative immer schon mit einkalkuliert. Je grobschlächtiger und aufgeregter die Kritik ausfällt, desto besser. Vor einer Dämonisierung in den internationalen Medien muss die SVP sich keineswegs fürchten, von «fremden Vögten» wollen sich ihre Sympathisanten nicht belehren lassen. Auch der FPÖ hat die europaweite Aufmerksamkeit in den neunziger Jahren mehr genutzt als geschadet.

Die kritische Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parteien bleibt trotz alledem notwendig. Sie sollte jedoch möglichst sachlich ausfallen und darf nicht dabei stehenbleiben, sich am rassistischen oder nationalistischen Gehalt einzelner Kampagnen abzuarbeiten. Stattdessen wird man künftig stärker auf den Kern des Problems zielen müssen – die Verabsolutierung eines vermeintlich «unterdrückten Volkswillens».